

**Rede des Thüringer Vorsitzenden des
Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Dr. Michael Krapp, MdL
zum 8. Mai 2005 in Hildburghausen, Aula der Curie-Schule**

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute vor 60 Jahren schwiegen endlich die Waffen. Kurz vorher unterschrieb das Oberkommando der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Der zweite Weltkrieg in Europa endete mit der vollständigen Niederlage des Angreifers. Als die Waffen auch in Asien endlich schwiegen, hatten Krieg und Gewaltherrschaft über 55 Millionen Menschenleben ausgelöscht. In diesem sechsjährigen Krieg wurden also pro Stunde mehr als 1.000 Menschen getötet. An diese Opfer denken wir in dieser Stunde zuerst.

Wir gedenken in Trauer aller im Krieg getöteten Soldaten und Zivilisten, Zwangsarbeiter und Gefangenen. Noch immer werden durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Kriegstote geborgen und bestattet. Diese Kriegsgräber werden auf Dauer als Gedenkstätten erhalten und gepflegt, zur Erinnerung und Mahnung für zukünftige Generationen.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Sie sind einem systematischen Völkermord zum Opfer gefallen, der in der Menschheitsgeschichte ohne Beispiel ist. Schon deshalb halte ich jeden Vergleich mit tagespolitischen Problemen für unangebracht, wie es leider gerade in Reaktion auf die aktuelle Kapitalismusdebatte wieder geschieht.

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der Euthanasieopfer und der Menschen, die um ihrer politischen oder religiösen Überzeugung willen sterben mussten. Sie wurden als Minderheiten diskriminiert und systematisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Wir gedenken der Opfer des Widerstandes, die ihr Leben ganz bewusst für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Aus verschiedenen Traditionen kommend haben diese Frauen und Männer oft unter schweren Gewissensnöten und letztendlich ohne den angestrebten

Erfolg entschieden dazu beigetragen, dass Deutschland den Weg zurück in die Völkergemeinschaft gefunden hat.

Wir gedenken der Opfer von Flucht und Vertreibung, deren Leidensweg durch Plünderung, Vergewaltigung und Tod gekennzeichnet ist. Unermesslich ist das Leid insbesondere der Frauen, Kinder und Alten, die der Krieg heimatlos machte.

Es gibt auch hier in Südthüringen wohl kaum eine Familie, die keine Opfer zu beklagen hätte. Noch in den letzten Tagen des Krieges mussten hier viele Menschen ihr Leben lassen, weil der Krieg in das Land seines Ursprungs zurückgekommen war. Die Augenzeugenberichte über den Einmarsch der Amerikaner in den Zeitungen dieser Tage legen davon Zeugnis ab. Sie sind ein wichtiges Vermächtnis der Erlebnissgeneration an die Jugend, weil sie eine persönliche und lokale Beziehung zur größten Katastrophe Deutschlands herstellt.

Gleichzeitig mit dem zweiten Weltkrieg beendeten die alliierten Streitkräfte auch die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland und weiten Teilen Europas. Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wurde der 8. Mai bald nach Kriegsende als Gründungsmythos einer „Diktatur des Proletariats“ installiert und als verordneter „Tag der Befreiung vom Faschismus“ gefeiert. Ganze vierzig Jahre später erklärte der damalige Bundespräsident Richard von Weisäcker vor dem frei gewählten Deutschen Bundestag: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Allein der große zeitliche Abstand der offiziellen Nutzung des Begriffes „Befreiung“ im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1945 deutet auf die Schwierigkeiten bei der Einordnung dieses Datums im geteilten Nachkriegsdeutschland hin. Und die nicht abbreißenden Veröffentlichungen von immer neuen Berichten, Erinnerungen und Bewertungen im Rahmen seiner sechzigsten Wiederkehr zeigen, dass die damals beendete finsterste Epoche der Deutschen Geschichte auch im wieder vereinten Deutschland noch nicht vollständig ausgeleuchtet ist.

In der Tat stellte sich für die Überlebenden in Deutschland die Situation nach dem 8. Mai 1945 sehr widersprüchlich dar. Da war einerseits die Erleichterung über das Ende der Kampfhandlungen und des Terrors und andererseits die Sorge um das schlichte Überleben in den Trümmern.

Da war der eine, der endlich heimkehren konnte, der andere aber verlor seine Heimat auf immer. Dieser konnte endlich frei seine eigene Existenz aufbauen, für jenen begann die Gefangenschaft, Verschleppung oder Haft. Die einen waren solidarisch bei der Überwindung der größten Not, die anderen schlossen ihre Türen zu oder nutzten die Situation sogar dazu aus, durch Denunziation persönliche Rechnungen zu begleichen. Die einen waren verbittert über die zerstörten Illusionen, die anderen waren für den geschenkten Neuanfang dankbar. Und schließlich fand sich der eine in dem Deutschland wieder, in dem die braune von der roten Diktatur abgelöst wurde und der andere in dem Deutschland, das sich der Freien Welt zugewandt hatte und diesen Wert der Freiheit vor den Wert der Einheit setzte.

Dass Thüringen zwar von den Amerikanern eingenommen, aber von den Sowjets besetzt wurde, empfanden viele als besondere Ironie der Geschichte. Die ganze Tragweite dieser bereits lange vorher von den Alliierten vereinbarten Demarkationslinie kam erst langsam zum Bewusstsein, als die Grenze zum Eisernen Vorhang wurde und Familien trennte, Flüchtlinge mordete und ganze Dörfer eliminierte.

Für meine Generation, also die Kriegskinder und die Nachgeborenen war die unmittelbare Nachkriegssituation nicht einfach zu durchschauen. Unsere Eltern und Großeltern hatten nicht nur die existentiellen Widersprüche und Probleme des von ihnen so genannten „Zusammenbruchs“ zu bewältigen. Sie mussten sich selbst und ihren Kindern und Enkeln auch Rechenschaft ablegen über ihre persönliche Haltung zum so genannten „Dritten Reich“. Wenn sie das nicht wollten oder konnten, waren scharfe Generationenkonflikte die Folge. Die meisten hatten lange Zeit geglaubt, für eine gute Sache zu kämpfen und zu leiden. Aber viele haben sich auch zum Werkzeug des Hasses machen lassen, mit dem das Verhängnis seinen Anfang nahm.

Hitler hat insbesondere den Hass gegen die Juden nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen. Sicher – die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Aber wer Augen und Ohren aufmachte, dem konnten die Reichspogromnacht, der Judenstern und die Deportationen nicht verborgen bleiben. Ich finde es mutig und verdienstvoll, dass heute Abend ganz konkret auch darüber geredet wird, wenn das Buch „Hildburghausen unterm Hakenkreuz“ von den Herren Salier und Römhild der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Ich bin sicher, dass dadurch die Vergangenheitsdiskussion in dieser Stadt belebt wird, da die Geschichte mit Namen und Bildern aus ihrer Anonymität heraustritt. Ich hoffe, dass sich diese Diskussion nicht in Vorwürfen derer erschöpft, die die „Gnade der späten Geburt“ genießen, sondern dass die zeitlose

Gefahr von totalitären Denksystemen erkannt wird, um ihnen nie wieder eine Chance zur gesellschaftlichen Realität zu geben.

Verdienstvoll und mutig ist auch das kürzlich erschienene Buch „Tag der Befreiung?“ von Hubertus Knabe über das Kriegsende im Osten des Deutschen Reiches. Es schildert die Verwüstungen und Vertreibungen, die der Vormarsch der sowjetischen Truppen für die dort lebende Bevölkerung mit sich gebracht hat. Lange Zeit waren in der DDR diese Kriegsoffer des zurückschlagenden Hasses im Interesse der staatlich verordneten Deutsch-Sowjetischen Freundschaft tabu. Ich möchte sie heute hier ausdrücklich mit in unser Gedenken aufnehmen und nehme mit Respekt zur Kenntnis, dass manche der Betroffenen hinter den Begriff „Tag der Befreiung“ ein Fragezeichen setzen.

Der anfangs zitierte Satz von Karl Friedrich von Weizsäcker wird damit nicht außer Kraft gesetzt. Dafür spricht schon alleine die Tatsache, dass sich gerade die überlebenden Heimatvertriebenen früh und eindeutig zum Gewaltverzicht bekannt haben. Sie haben sich tatkräftig und mit solidarischer Hilfe neue Existenzen aufgebaut und bewahren mit ihrer Liebe zur alten Heimat wichtige Teile unserer gemeinsamen Kultur.

Es waren insbesondere auch Heimatvertriebene, die die von den Westalliierten gegebene Chance des demokratischen Neuaufbaus im Westen Deutschlands beherzt ergriffen und zum Beispiel an der Erarbeitung des Grundgesetzes beteiligt waren. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben insbesondere mit dem Artikel 1 die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik am 30. Januar 1933 gezogen. Sie haben die Menschenwürde und Menschenrechte über den Staat gestellt.

Wenn mich manchmal junge Leute fragen, worauf wir als Deutsche eigentlich noch stolz sein können, dann verweise ich sie auf dieses Grundgesetz und seine Bewährung über inzwischen mehr als fünfzig Jahre auch in schwierigen Situationen. Auf der Grundlage dieses Grundgesetzes konnte sowohl nach Innen ein befriedender Lastenausgleich der materiellen Kriegsfolgen hergestellt, als auch nach Außen eine vertrauensbildende Politik inmitten des Kalten Krieges gestaltet werden.

Und wenn dann bohrend weiter gefragt wird, dass wir Thüringer dann wohl nicht an diesem Stolz teilhaben können, weil wir zu spät dazu gekommen sind, verweise ich auf die in Deutschland bisher einzige erfolgreiche und dazu noch friedliche Revolution von 1989/90, die gerade auch von Thüringen ausgegangen ist und die den Schlussstein dieses Grundgesetzes setzte: die Einheit in Freiheit. Dieses

Grundgesetz ist also Voraussetzung und Ergebnis einer freiheitlich-demokratischen Entwicklung Gesamtdeutschlands nach der Katastrophe vor 60 Jahren und kann sich in Europa und der Welt sehen lassen.

Schrittweise haben die Deutschen in Ost und West den Weg zurück in die Gemeinschaft der Völker gefunden. Wir freuen uns, dass dabei aus Gegnern Partner geworden sind, mit denen wir gemeinsam den 8. Mai 2005 als Tag der Demokratie und Freiheit begehen können. Unser Dank gilt all denen, die Versöhnung vor Vergeltung und Gewaltverzicht vor Revanche gestellt haben. Und wir nehmen mit Interesse, Anteilnahme und ohne Relativierung der Deutschen Schuld zur Kenntnis, dass inzwischen auch in den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges offen über schuldhaftige Verstrickungen gesprochen wird, in die sie durch die Konflikte des XX. Jahrhunderts geraten sind.

Diese Offenheit ist Voraussetzung für die friedliche Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft, da nur so die Ursachen vergangener Katastrophen aufgedeckt und revanchistischen Legendenbildungen der Boden entzogen werden kann. Es war deshalb eine große historische Leistung, dass die Einheit Deutschlands von verantwortungsbewussten Politikern mit der Einigung Europas verbunden wurde. Auch das ist eine Konsequenz aus den Katastrophen der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts, die nichts anderes als Europäische Bürgerkriege waren, gespeist aus nationalistischer oder ideologischer Überheblichkeit. Zuerst schütteten Deutsche und Franzosen die trennenden Gräben zu, inzwischen sind 25 Staaten in der Europäischen Union politisch vereint. Ein Verfassungsvertrag befindet sich in der Ratifizierungsphase und weitere Mitgliedskandidaten stehen vor der Tür.

Die immer noch spürbare wirtschaftliche Teilung des Kontinents ist nur mit Teilen des Wohlstandes zu überwinden. Das fällt nicht immer leicht und führt auch zu Konflikten. Damit haben wir bei Überwindung der Deutschen Teilung inzwischen Erfahrungen. Dabei ist deutlich geworden, dass solche Prozesse eine erneute Herausforderung an die freiheitliche Demokratie sind. Fallende Grenzen verschieben Arbeitsplätze, Arbeitskräfte und Kapital, relativieren soziale Standards und Sicherheiten. Welche politischen Auswirkungen solche Entwicklungen haben können, wenn sie sich krisenhaft verstärken, haben die 20-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gezeigt.

Nun bin ich zwar der Meinung, dass wir weit entfernt von einer der damaligen Weltwirtschaftskrise vergleichbaren Situation sind. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es Kräfte gibt, die auf eine solche Entwicklung hoffen, um ihre Vorstellungen von einer neuer

„Volksgemeinschaft“ umsetzen zu können. Jene, die diese unheilvollen geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus noch oder wieder verherrlichen, wollen deshalb gerade heute durch demonstrative Auftritte an historisch sensiblen Orten wie damals Fremdenhass und Antisemitismus schüren und damit die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft verhöhnern.

Dass sich dabei immer wieder gewaltbereite Extremisten vom entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums finden und für ihr ebenfalls inzwischen konkurs gegangenes Gesellschaftsmodell werben, entspricht auch den unseeligen Erfahrungen aus der Weimarer Republik.

Wir müssen allen diesen extremistischen Kräften die Entschlossenheit der Demokraten entgegensetzen. Daran hat es der Weimarer Republik gemangelt, sie war eine Demokratie ohne ausreichend viele und entschlossene Demokraten. Das nicht wieder zuzulassen, sind wir den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft und der Zukunft unserer Kinder schuldig. Diese Entschlossenheit muss zu gegebener Gelegenheit auch auf der Straße gezeigt werden.

Sie kann sich aber nicht nur in Gegendemonstrationen erschöpfen, sondern sie muss in adäquates politisches Handeln münden. Notwendig ist eine Politik, die die soziale Marktwirtschaft unter den neuen Bedingungen wieder ins Gleichgewicht bringt. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich das überkommene und lieb gewonnene System aus Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht im Biotop der alten Bundesrepublik über 40 Jahre je nach Erlebnisperspektive vor bzw. hinter dem Eisernen Vorhang entwickelt hat, und nach dessen Fall ziemlich unverändert auf die Neuen Länder übertragen wurde.

Die von uns selbst gewünschten und geschaffenen offenen Bedingungen in Europa und der Welt verlangen aber einen Umbau dieses Systems, ähnlich einschneidend, wie dies nach 1949 im Westen Deutschlands notwendig war. Wie Ludwig Ehrhard sollten wir dabei darauf vertrauen, dass die Menschen verantwortlicher mit der Freiheit umgehen können, als dies ihnen viele Gesinnungsethiker zutrauen. Der Staat muss sich wieder mehr auf die Gestaltung von konstruktiven Rahmenbedingungen und fairen Regeln dieses Freiheitsraumes konzentrieren und die durch Gruppeninteressen geprägten, sich teilweise widersprechenden Privilegien, Ausnahmen und Ausnahmen von den Ausnahmen abbauen. Und wenn die Menschen ohne die ideologischen und bürokratischen Gulliver-Fesseln wieder ihre wirtschaftlichen Ideen und Potentiale im Wettbewerb ausspielen können, werden auch genügend Quellen sprudeln, um die notwendige Wohlfahrt staatlich finanzieren zu können.

„Der Wohlstand hat Zukunft“ titelt die jüngste Broschüre des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln. Im Vergleich mit erfolgreichen Reformländern werden hier schlüssige Reformszenarien für Deutschland entwickelt. Sie sind realistisch, verlangen aber von den Menschen in Deutschland mehr Vertrauen in gelebte Freiheit. Trotz stärkerer Eigenvorsorge und bei sinkenden Subventionen kommt die Studie zu mittelfristig steigenden Nettoeinkommen der Arbeitnehmer bei sinkenden Arbeitslosenzahlen. Einige unserer westlichen Nachbarn sind bereits erfolgreich über diese Brücke gegangen, die neuen EU-Nachbarn im Osten befinden sich auf dem Weg dorthin. Wir müssen uns auch auf den Weg machen und unsere Angst und Trägheit überwinden, um unsere Zukunft zu gewinnen.

„the german angst“ ist im angloamerikanischen Raum das aktuelle Adjektiv, was man uns Deutschen verpasst hat. Das ist zugegebenermaßen sehr viel friedfertiger als „the blitzkrieg“ im Jahre 1939, entbehrt aber auch nicht eines gewissen Sarkasmus. Allerdings gab es schon ganz andere Eigenschaften, die uns in der Welt Anerkennung und Achtung einbrachten. Dazu gehören z.B. die hinter „classical art“ und „made in germany“ stehenden Innovationen. Mehr denn je sind wir wieder auf Innovationen angewiesen, um die Herausforderungen unserer Zeit ohne Wohlstandsverlust und ohne Abgrenzung von der sich globalisierenden Welt zu bestehen. Diese Innovationen kann man aber nicht im Bundestag oder Landtag beschließen. Diese Innovationen sind Ergebnisse freier Individuen, denen die Familie, die Schule, die Gesellschaft und der Staat die Rahmenbedingungen zur kreativen Arbeit sichern müssen.

Und genau in dieser Reihenfolge sehe ich auch die Prioritäten verteilt. Die Freiheit des Einzelnen ist nicht nur individuelles Recht, sondern Voraussetzung für alle Innovation. Die Familie ist nicht nur eine „Bedarfsgemeinschaft“, sondern erster und damit wichtigster Lebens- und Erfahrungsraum unserer Kinder. Wenn hier nicht das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Tragfähigkeit menschlicher Beziehungen gepflanzt wird, kann sich kaum die angesprochene Innovationsfähigkeit entwickeln. Die Schule muss treuhänderisch für die Eltern diese Werte vertiefen, Leistung, Verantwortung und Selbstständigkeit fördern und fordern. Die gesellschaftlichen Gruppen z.B. in Vereinen, Verbänden und Kirchen haben den jungen Menschen faire Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe einzuräumen. Und der Staat schließlich muss die notwendigen gesetzlichen Regeln schaffen und ihre Einhaltung überwachen, hat also Diener seiner Bürger zu sein.

Die totalitäre Umkehrung dieser Prioritätenkette führte zum Gegenteil von Innovation, nämlich zur Katastrophe, die vor 60 Jahren ihr von außen aufgezwungenes gewaltsames Ende fand. Der Hitler-Staat war nicht Diener seiner Bürger, sondern er gab die gesellschaftlichen Werte vor und machte die Bürger zu seinen Geiseln. Die Mehrheit der Bürger akzeptierte zunächst die geforderte Gefolgschaft mit der Heilserwartung an die Obrigkeit, die schweren innen- und außenpolitischen Krisen der Zeit autoritär zu bewältigen. Die Weimarer Republik war zu schwach, den Untertanengeist des Kaiserreiches zu brechen und damit diese Entwicklung zu verhindern. Die einmal installierte Diktatur war zu stark, um der wachsenden Opposition eine Erfolgschance zur Überwindung der Diktatur von innen zugeben.

Inzwischen hat die Demokratie als Gegenbewegung gegen diese falsche Prioritätensetzung in Deutschland einige Herausforderungen bestanden. Die meisten heutigen Parteien stehen auch grundsätzlich zu den demokratischen Prioritäten. Aber gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen der Globalisierung werden immer wieder beträchtliche Reste des obrigkeitsstaatlichen Denkens sichtbar. So mancher Politiker greift auch heute noch unabhängig von seinem Parteiprogramm allzu gerne diese Tendenz auf und wirbt oder – sofern im Amt - sorgt so für kurzfristige Scheinlösungen, aber langfristige Strukturprobleme. Langfristige Lösungen verlangen Prinzipienstärke und Konfliktfähigkeit, das bringt jedoch oft Ärger und ungerechte Kritik mit sich. Aber Demokratie lebt nun einmal zum großen Teil auch von verkrafteter Ungerechtigkeit. Das erhöht auf Dauer die Glaubwürdigkeit. Es liegt an den Wählern, diese Glaubwürdigkeit bei den jeweils nächsten Wahlen auch zu honorieren.

Demokratie ist also keine Harmonieveranstaltung, sondern eine permanente Streitkultur. Sie ist anstrengend und aufregend, aber der einzige Weg, allfällige Konflikte der Gesellschaft friedlich zu regeln und Freiheit mit Gerechtigkeit und Solidarität zu verbinden. Dies immer wieder neu zu versuchen und die junge Generation dafür zu begeistern ist für uns Deutsche auch 60 Jahre danach das Vermächtnis des 8. Mai 1945.